
Entwurf der Rücktrittserklärung von Schwanitz

Am 7. Dezember 1989 forderte der Zentrale Runde Tisch die Auflösung des Stasi-Nachfolgers Amt für Nationale Sicherheit (AfNS). Der bisherige Leiter des AfNS Wolfgang Schwanitz wurde daraufhin am 14. Dezember beurlaubt. In dem Entwurf seiner Rücktrittserklärung äußert sich Schwanitz besorgt über die Zukunft der Mitarbeiter.

Mit der Wahl einer neuen Regierung durch die Volkskammer der DDR am 17. November 1989 wurde das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in das Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umgewandelt. Das Amt unterstand nun nicht mehr direkt der SED-Führung, sondern dem Ministerpräsidenten. Dem AfNS unterstellt waren die Bezirks- und Kreisämter, ehemals Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS.

Nur wenige Tage nach dieser Zäsur, am 4. und 5. Dezember 1989, verschafften sich mutige Bürgerinnen und Bürger, angeführt von Mitgliedern der Bürgerbewegung, Zugang zu den Bezirks- und etlichen Kreisämtern in der gesamten DDR. Die Protagonisten forderten, die Aktenvernichtung zu unterbinden und die Archive der Stasi zu versiegeln. Sie wollten Einsicht in die Heizanlagen, in die Aschetonnen sowie in die Kofferräume der Pkws und Aktentaschen der Mitarbeiter der Geheimpolizei haben. Hintergrund waren Gerüchte über die Vernichtung von Unterlagen der Staatssicherheit, die sich bestätigten.

Am 7. Dezember 1989 forderte der Zentrale Runde Tisch die Auflösung des AfNS – auch mit den Stimmen der SED-Sprecher. Am 14. Dezember wurde das MfS durch den kleineren Verfassungsschutz (ca. 10.000 Mitarbeiter) und einen mit ca. 4.000 Mitarbeitern gegenüber der Hauptverwaltung A (HV A) fast unveränderten Nachrichtendienst ersetzt. In diese Dienste sollten keine ehemaligen Führungskader der Staatssicherheit übernommen werden.

Der bisherige Amtschef Wolfgang Schwanitz schrieb zur gleichen Zeit an seiner Rücktrittserklärung. Das Dokument trägt kein Datum. Ob Schwanitz diese Rücktrittserklärung jemals abgeschickt hat, ist ebenfalls unklar. Interessant ist an dieser Erklärung vor allem die pessimistische Lageeinschätzung des langjährigen Stasi-Offiziers. Er zeigt sich hier besorgt über die Lage der (ehemaligen) MfS-Mitarbeiter sowie darüber, dass die Akten der Staatssicherheit öffentlich zugänglich werden könnten.

Signatur: BArch, MfS, SdM, Nr. 2356, Bl. 202-204

Metadaten

Datum: Dezember 1989

Rechte: BStU

Entwurf der Rücktrittserklärung von Schwanitz

BSU
000202

00194

- Die vorgesehene Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit und die Schaffung eines Nachrichtendienstes und eines Verfassungsschutzes der DDR, die so erfolgen muß, daß sie nicht mehr mit dem diskreditierten MfS in Verbindung gebracht werden können, finden in einer für die innere Sicherheit der DDR äußerst gefährlichen Situation statt.

Die Empörung über den aufgeblähten Apparat des MfS, der auf dem Volke lastete und über die vom MfS praktizierte Überwachung breiter Kreise der Bevölkerung mit Hilfe von inoffiziellen Mitarbeitern, operativer Technik wie Telefon- und Briefkontrollen, die entsprechend innerdienstlichen Weisungen ~~an~~ *Befehlen* ~~gesetzlich~~ ausgedehnt wurden und die Anwendung administrativer Methoden gegen Andersdenkende kann beim geringsten Anlaß in offene Gewalttätigkeiten umschlagen. Auch besonnene Kräfte vor allem der evangelischen Kirche und der Bürgerrechtsbewegungen haben keinen Einfluß auf die haßerfüllten Massen, die gegen unsere Dienststellen vorgehen.

In Dresden z. B. geht es bereits um das körperliche Überleben der Mitarbeiter. Extremisten versuchen, auch die Lage in den Bezirken anzuhetzen, wo die Bezirksämter zum Teil noch arbeitsfähig sind.

Eine große Verantwortung tragen die Medien, die unbedingt zur Beruhigung der Lage beitragen müssen.

- Besonders brisant ist die Konzentration operativen Schriftgutes in den Bezirksämtern. Es stellt einen äußerst gefährlichen Zündstoff dar. Kommt es in falsche Hände, kann es zum Brudermord führen. Es muß unbedingt vor unbefugtem Zugriff gesichert werden. *Dagegen hat sich in dieser Abteilung kein d. bsp. d. H.R. versch. VP u. dgl.*

Schnellstens sollte am Runden Tisch und mit den Bürgerrechtsbewegungen in den Bezirken Übereinstimmung herbeigeführt werden.

- . welches Schriftgut als Beweismaterial für Gesetzesverletzungen aufbewahrt werden muß. Allein die Selektierung würde einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen.
- . unter welchen Bedingungen Einsichtnahme in das Schriftgut gewährt wird. Zum Beispiel wie in Neubrandenburg angestrebt, Vereidigung einiger Mitglieder von Bürgerrechtsbewegungen durch den Staatsanwalt.
- . Das operative Schriftgut, bei dem es um Tonnen geht, DDR-weit öffentlichen zu vernichten (Dresden). Die Vernichtung nur in einem oder mehreren Bezirken würde einen erneuten Sturm in anderen Bezirken auslösen.

Entwurf der Rücktrittserklärung von Schwanitz

BStU 000203

00195

2

- Schon die Auflösung der Kreisämter erweist sich als problematisch, obwohl sich in den meisten kein Schriftgut mehr befindet.

Einerseits wird sie zum schnellstmöglichen Termin gefordert, andererseits durch Blockierung oder Besetzung der Ämter, Unterbindung notwendiger Transporte und anderer Maßnahmen behindert.

Da einige Bezirksämter nicht mehr arbeitsfähig sind, ist die Leitung der Prozesse von dort aus nicht mehr möglich oder behindert. Ich habe in jedes Bezirksamt Bevollmächtigte geschickt, die die Leiter der Bezirksämter bei der Auflösung der Kreisämter unterstützen sollen.

Größte Sorgfalt muß auf den Abtransport von Waffen und Munition und ihre sichere Aufbewahrung gelegt werden. In einer Reihe von Kreisämtern befindet sich operative Technik, z. B. zum Abhören von Telefonen und Chiffriertechnik, deren Abbau unter Aufsicht des Staatsanwaltes gewährleistet werden muß.

- Unbedingt notwendig ist die Leitung der Auflösung der Kreisämter durch den Staatsanwalt. Deshalb müßten auch zivile Staatsanwälte eingesetzt werden, um die Auflösung zügig abschließen zu können.

Als Termin war von mir der 12. Dezember 1989, 24.00 Uhr, gestellt, der jedoch unter den geschilderten Bedingungen als nicht haltbar eingeschätzt wird.

- Die Verbitterung und Angst der Mitarbeiter des Amtes, daß sie nunmehr faktisch Geächtete in der DDR sind, ist groß. Es besteht die akute Gefahr des Verrats durch einige.

Gefordert wird das eindeutige Wort von maßgeblicher Stelle, um die ehemaligen Mitarbeiter des MfS zu schützen und eine öffentliche klare Position zur Verantwortung der Mitarbeiter, die nur begründet ist, wenn sie Handlungen begangen haben, die entsprechend der Rechtsordnung der DDR Straftaten oder andere Rechtsverletzungen darstellen und für die der Mitarbeiter persönlich verantwortlich ist, *weil sie über die geltenden Befehle hinausgingen.*

Das ist auch von großer politischer Bedeutung, handelt es sich doch um zehntausende Mitarbeiter mit Einfluß auf ihr unmittelbares Umfeld.

Für den kadermäßigen Aufbau der neuen Organe wäre nach den Erfahrungen Voraussetzung, wie in allen entwickelten Staaten, den künftigen Mitarbeitern die Sicherheit zu geben, daß sie bei einem erneuten Regierungswechsel nicht wieder die Geschädigten sind. Gedacht werden sollte an eine Berufung in eine Art Beamtenstand.

Entwurf der Rücktrittserklärung von Schwanitz

